



NGG Region Dortmund

NGG Region Dortmund | Ostwall 17-21 | 44135 Dortmund

Landtag Nordrhein-Westfalen
Martin Börschel MdL
Vorsitzender des Haushalt- und Finanzausschusses

per Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/2521

Alle Abg

Ansprechpartner:
Torsten Gebehart

Unser Zeichen:
TG/pb

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht vorn:

Dortmund, 7. April 2020

Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/8796

Sehr geehrter Herr Börschel, sehr geehrte Damen und Herren,

wir lehnen die Privatisierung der Westspielgruppe kategorisch ab: Wenn der im Gesetzesentwurf genannte „natürliche Spieltrieb der Bevölkerung“ überhaupt durch den Betrieb von Casinos befriedigt werden soll, dann nur unter staatlicher Aufsicht und Kontrolle, welche die spielende Bevölkerung nicht im Übermaß zum Spielen verleitet, um noch höhere Renditen zu erzielen.

Unsere Kritik am Gesetzesentwurf selber lautet aus Sicht der derzeit Beschäftigten wie folgt. Der Gesetzesentwurf berücksichtigt in keiner Weise die Interessen der (gastronomisch) Beschäftigten. Es fehlen insbesondere:

- a) Eine sehr langfristige Beschäftigungssicherung bzw. –zusage für mehrere Hundert Beschäftigte.
- b) Eine sehr langfristige, deutlich über den Zeitpunkt der beabsichtigten Privatisierung hinausgehende Zusage für mehrere Hundert Beschäftigte, dass sich die Arbeitsbedingungen nicht nur nicht verschlechtern werden, sondern z.B. bisher geltende Arbeits- und Vergütungsregeln einschließlich ihrer in der Vergangenheit üblichen Erhöhungen im Rahmen von Tarifverhandlungen auch weiterhin eingehalten werden müssen.
- c) Es fehlt in diesem Zusammenhang auch eine sehr langfristige Zusage, dass an dem bestehenden gastronomischen Konzept festgehalten wird und der bestehende Standard weder qualitativ noch quantitativ verschlechtert wird.

- d) Damit verbunden fehlt zugleich die sehr langfristige Zusage, dass sich auch die bisherigen Personalschlüssel nicht verschlechtern werden.

Unsere Erfahrungen mit Privatisierungen sind aus Sicht der Beschäftigten allesamt negativ. Das gesteigerte Renditeinteresse eines privaten Betreibers dominiert alle anderen Interessen und verschlechtert daher mindestens mittelfristig die Situation der mit dem Verkauf übergehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Gesetzesentwurf stellt diesem absehbaren Konflikt nichts entgegen.

Wir lehnen den Gesetzesentwurf aus grundsätzlichen Überlegungen insgesamt ab. Sollte die Landesregierung aber an diesem falschen Vorhaben der Privatisierung festhalten, fordern wir im Namen der Beschäftigten, sehr langfristige, detaillierte Regeln zum Schutz der Interessen gerade jener großen Gruppe aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Torsten Gebehart
Geschäftsführer